

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Regelwidrige Inflationsentwicklung in Frankreich: Von unserem Korrespondenten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Regelwidrige Inflationsentwicklung in Frankreich: Von unserem Korrespondenten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 12, pp. 753-754

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131825>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Regelwidrige Inflationsentwicklung in Frankreich

Von unserem Korrespondenten

Vielleicht steht Frankreich heute wenigstens vorübergehend am Ende seiner Nachkriegsinflationsentwicklung, vielleicht darf als Abschluß in absehbarer Zukunft eine Anpassung der international als unrealistisch angesehenen französischen Währungsparität an die Preisverhältnisse in Aussicht genommen werden. Auf die nicht zuletzt von der Bundesrepublik im Rahmen der OEEC in dieser Richtung hin gemachten Empfehlungen wurde allerdings bisher von der französischen Regierung mit einem kategorischen Nein geantwortet. Diese Ablehnung der von der national-ökonomischen Theorie noch sehr weitgehend anerkannten Zusammenhänge zwischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Währungsparität mag überraschen. Sie erklärt sich durch die Eigenartigkeit des französischen Falles, dessen währungs- und finanztechnische Wirklichkeit mit der volkswirtschaftlichen Theorie nicht übereinstimmt, was nicht gegen die Richtigkeit der Theorie sprechen muß. In Frankreich verdienen lediglich zahlreiche Nebenerscheinungen besonderer Art Berücksichtigung, denen sich die Theorie irgendwie anzupassen hat. Hätte die Preissteigerung, die das Land vor allem in den letzten 15 Jahren erlebte, rein währungstechnische Gründe, bestünde ein klarer Zusammenhang zwischen Fehlbetrag des Staatshaushalts, Notenumlauf und Inflation, dürfte man die Hoffnung hegen, über eine Änderung der Währungsparität das verlorengegangene Gleichgewicht der Wirtschaft wiederherzustellen. Die Dinge sind aber viel komplizierter. Die Spekulation als außerwirtschaftliche Kraft trat stark in Erscheinung, die Preisbildung ging auf einem zu völliger Unbeweglichkeit verurteilten Markt ihre eigenen Wege, losgelöst von Angebot und Nachfrage. Unter diesen Verhältnissen würde eine Währungsabwertung nur zu einer neuen Preissteigerung und zu einer Wiederbelebung der Inflation führen.

Die Einfuhr ist ebenso unelastisch wie die Preisgestaltung auf dem Binnenmarkt. Es ist mehr als beachtlich, daß die in Frankreich seit Anfang 1952 angewendeten, theoretisch scharfen Einfuhreinschränkungen mit der Rückkehr zur restlosen Kontingentierung bis Ende 1953 kaum zu einer fühlbaren Verringerung der tatsächlichen Einfuhren aus dem Auslande führten. Auch der Export ist in diesem Lande nicht unbedingt eine Preisfrage. Zahlreiche tatsächlich gegebene Exportmöglichkeiten werden nicht ausgenützt, weil der Exportwille fehlt. Eine Erklärung hierfür ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, daß die französische Wirtschaft auf Absatzschwierigkeiten kurzfristig nicht mit vergrößerten Verkaufsanstrengungen reagiert und

noch weniger mit Preissenkungen. Sie begnügt sich zunächst mit dem geringeren Umsatz, was ihr in den meisten Fällen durch verhältnismäßig große finanzielle Unabhängigkeit und ausreichende Reserven verschiedenster Art ermöglicht wird.

In einem derartigen psychologischen Klima muß sich zwangsläufig auch die Inflation in eigenen Bahnen entwickeln. Gewiß, der Ausgangspunkt war klassisch. Es begann mit dem Druck von Banknoten zur Deckung des Fehlbetrages des Staatshaushaltes. Diese Zeit der einfachen und landläufigen Inflation erstreckte sich hauptsächlich auf die Jahre 1940—1945. Die Notenpresse bezahlte fast restlos die militärischen Aufwendungen bis zum Waffenstillstand und im Anschluß daran die sehr hohen deutschen Besatzungskosten, die insgesamt rund 400 Mrd. ffrs., d. h. nach dem damaligen Dollarkurs 8 Mrd. \$ beanspruchten. Dieser Summe ist der Banknotenumlauf des Jahres 1938 mit 110 Mrd. ffrs. entgegenzustellen. Es ist klar, daß sich daraus eine rein inflationistische Preissteigerung ergeben mußte. Als Frankreich 1944 seine unabhängige Regierung und seine Handlungsfreiheit wieder fand, begann es seine neue Wirtschaftspolitik mit einem erheblichen Geldüberhang im Vergleich zur verfügbaren Warenmenge. Eine energische Währungspolitik mit Banknotenumtausch und Blockierung der überschüssigen Geldmenge nach belgischem Muster hätte in diesem Augenblick der Inflation ein Ende setzen können. Man befürchtete jedoch politische Widerstände in einem noch wenig konsolidierten Lande. Man schreckte vor zusätzlichen Opfern für eine bereits stark geprüfte Bevölkerung zurück. Man glaubte — sicherlich zu Unrecht —, durch eine deflationistische Finanzpolitik den dringend erforderlichen Wiederaufbau zu verlangsamen. Damit ermöglichte man die Vermengung tatsächlich gegebener Inflationsvoraussetzungen mit einem in den Kriegsjahren hochgezüchteten, wirtschaftlich verantwortungslosen Spekulationsgeist.

In der Folge bestand kein überzeugender Zusammenhang mehr zwischen Inflation, Staatshaushalt und Zahlungsmittelumlauf. 1938, in einem Jahr der Stabilität, deckten die laufenden Staatseinnahmen nur 65% der Ausgaben. Im Jahre 1946, dem ersten einigermaßen normalen Nachkriegsjahr, waren es trotz hoher Wiederaufbauleistungen 54% und unter Berücksichtigung der amerikanischen Hilfe sowie ausländischer Anleihen, die beide unmittelbar zur Einfuhr zusätzlicher Waren verwendet wurden, bereits 73%. Der Rückgriff der Staatskasse auf Bankkredite, Wechselkredite und kurzfristige Staatskassenscheine beschränkte sich in diesem Jahr auf 27% des Geldbe-



NORDDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

früher DEUTSCHE BANK



Zentrale HAMBURG 11 · Adolfsplatz 7 / Alter Wall 37-53

54 Niederlassungen in den Ländern Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

darfs. 1947 waren es 14,3 %, 1948 infolge einer Reihe besonderer Umstände ausnahmsweise wieder 28 %, 1949 15,4 %, 1951, als infolge des Koreakrieges die französische Inflation einen neuen Höhepunkt erlebte, nur noch 12,7 %, 1952 schließlich 16,1 %. 1951 belief sich der Fehlbetrag der Staatskasse auf weniger als 350 Mrd. ffrs. In diesem Jahre erhöhte sich der Banknotenumlauf um rund 280 Mrd. ffrs. Es ist klar, daß die Staatskasse hierfür nur zu einem sehr geringen Teil verantwortlich sein kann, da ihr Fehlbetrag immerhin sehr weitgehend auf dem normalen Kreditwege durch Ausnutzung des Sparkapitals gedeckt zu werden vermochte. Ende 1952 beliefen sich die Schulden des Staates bei der Bank von Frankreich bilanzmäßig unter Berücksichtigung der Vorschüsse der Postscheckämter und inflationistischer Diskontierungen von Staatspapieren auf 803 Mrd. ffrs. Davon sind 400 Mrd. ffrs. für die Zeit von 1940 bis 1945 (deutsche Besatzungskosten) in Abzug zu bringen. Es verbleibt dann für die Jahre 1944—1952 eine inflationistische, staatliche Geldschöpfung von insgesamt 400 Mrd. ffrs., die bei einem jährlichen Volkseinkommen von durchschnittlich 10 000 Mrd. ffrs. (Wert 1952) kaum allzustark ins Gewicht fällt. Der staatliche Rückgriff auf die Bank von Frankreich allein hätte den Banknotenumlauf nur von 110 auf 915 Mrd. ffrs. bringen dürfen. Tatsächlich belief er sich jedoch Ende 1952 auf etwas über 2 000 Mrd. ffrs., während die gesamte Geldmenge, einschließlich der Bankkonten, 4 000 Mrd. erreichte, gegenüber schätzungsweise weniger als 200 Mrd. ffrs. im Jahre 1938. Abschließend ist festzustellen, daß die staatliche französische Finanzpolitik ab 1946 sehr orthodoxe, anti-inflationistische Anstrengungen unternahm und nur sehr zweitrangig für die inflationistische Preisentwicklung verantwortlich gemacht werden darf. Es seien nun ferner die Entwicklungen der Preise und des Notenumlaufes miteinander verglichen, wobei in Unkenntnis der Umlaufgeschwindigkeit ungefähr angenommen werden darf, daß sich das Verhältnis zwischen Notenumlauf und Geldmenge in den letzten 15 Jahren nicht änderte. Auf der Grundlage von 1938 = 100 erreichten 1948 die Einzelhandelspreise einen Stand von 1 928 und die Großhandelspreise von 1 971. In der gleichen Zeit stieg der Banknotenumlauf von 110,9 auf 988 Mrd. ffrs., d. h. er blieb um 50 % hinter der Preisentwicklung zurück.

1949 trat eine Änderung in den französischen Indexberechnungen ein. Auf der Grundlage 1949 = 100 stieg der Großhandelspreisindex auf 151,5 Ende 1951 und der Einzelhandelspreisindex für Paris auf 142,9. Für den Großhandel wurde der Höhepunkt zu diesem Zeitpunkt erreicht, für die Lebenshaltungskosten im Februar/März 1952 mit 148,1. Ende 1949 belief sich demgegenüber der Banknotenumlauf auf 1301 Mrd. ffrs. und Ende 1951 auf 1 883 Mrd. ffrs. Die Preise stiegen demnach um fast 50 %, der Banknotenumlauf jedoch nur um 40 %. Entscheidender ist übrigens in dieser Beziehung der langfristige Vergleich. Zwischen 1938 und 1952 ist für die Banknoten eine weniger als 20-fache Zunahme festzustellen, für die Preise jedoch eine rund 30-fache Steigerung (Durchschnitt der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten).

Diese statistischen Angaben, deren Auslegung als willkürlich angesehen werden kann, genügen allein natürlich nicht zum Nachweis, daß in Frankreich die Preise aus spekulativen Gründen der Inflation vorauseilten. Entscheidend erscheint in dieser Beziehung die Methode der Preisbildung, die sich besonders seit 1951 sehr deutlich herauskristallisierte. Im Einzelhan-

del besteht nicht die geringste Aussicht für eine Preisbewegung nach unten, aber gleichzeitig ungewöhnlich große Hausseempfindlichkeit. Eine Reihe sehr zuverlässiger Untersuchungen kam zu dem Ergebnis, daß in Paris die Lebensmittelpreise am Monatsende regelmäßig in die Höhe gehen, besonders in Arbeitervierteln, im Hinblick auf den Zahltag. Jede Lohnerhöhung war bisher mit einer sofortigen, von der Marktlage völlig unabhängigen Verteuerung des Fleisches verbunden. Die Metzger wußten, daß sich aus Lohnerhöhungen eine Steigerung der Nachfrage ergeben würde, und nahmen sie preislich vorweg, selbst wenn das Angebot durchaus ausreichte, was seit 1951 der Fall ist. Da die Fleischpreise die Lebenshaltungskosten unmittelbar und maßgebend beeinflussen, wurden sie im Laufe der Jahre zu einem Barometer für die Lohnforderungen. Dazu kamen ähnliche Preisreaktionen für Obst und Gemüse sowie in gewissem Sinne auch für Textilien. Spekulative Manöver mit diesen verschiedenen Erzeugnissen genügten, um eine neue Lohnerhöhung auszulösen und damit die Inflationswelle unabhängig vom Notenumlauf vorwärtszutreiben.

Es ist beachtlich, daß im Anschluß an die Koreakrise die französischen Preise ohne jeden ersichtlichen Grund bis zu 25 % mehr in die Höhe gingen als die Weltmarktpreise. Es ergaben sich daraus soziale Unruhen, Lohnerhöhungen und eine inflationistische Entwicklung, unter der das Gleichgewicht der französischen Wirtschaft noch heute leidet. Gerade in dieser Periode war jedoch der Staatshaushalt am weitesten ausgeglichen. Die Staatskasse vermochte sogar einen Teil des ihr von der Notenbank gewährten laufenden Kredits zurückzuzahlen. Die internationale Rohstoffpreissteigerung wurde von der französischen Wirtschaft mehr als reichlich vorweggenommen, d. h. in offensichtlich übertriebener Erinnerung an die Erfahrungen der vorausgegangenen Inflationsjahre wollte man sich reichlich vorsorgend gegenüber möglichen Verlusten schützen. Der Handel übertrieb seinerseits noch einmal die Preiserhöhungen der Industrie, womit sich die zusätzliche Teuerung in Frankreich rein spekulativ erklärt.

Im Jahre 1952 blieb aber dann die Rückwärtsbewegung aus. Die französischen Industriepreise gaben weniger nach als die internationalen Rohstoffpreise, die Einzelhandelspreise weniger als die Großhandelspreise. Von Dezember 1951 bis Dezember 1952 sank der Großhandelspreisindex von 151,5 auf 140,5, der Einzelhandelspreisindex ging von seinem nachträglich erreichten Höchststand Anfang 1952 von 148,1 nur auf rund 144,4 zurück. Am deutlichsten war der Preiswiderstand des Einzelhandels bei Textilien, deren Großhandelspreise von 162 auf 139,5 fielen bei einer kaum merklichen Verringerung der Einzelhandelspreise. Dieser Widerstand, der sich durch die Erwartung einer neuen Preissteigerung erklärt, ist um so erstaunlicher, als in dieser Periode eine ausgesprochene Verkaufskrise festzustellen war und die Geschäfte normalerweise hätten versuchen sollen, durch günstige Preise ihren Umsatz zu steigern. Derartige Gedankengänge waren jedoch der französischen Wirtschaft bis in die jüngste Vergangenheit unbekannt. Offensichtlich glied der Textileinzelhandel durch Erhöhung seiner Verdienstspannen mitten in einer Depressionsperiode den Rückgang seiner Umsätze aus. Dieses Beispiel ist bezeichnend für die zumindest teilweise Unabhängigkeit der französischen Preis- und Inflationsentwicklung von den reinen Währungsverhältnissen.